

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagsdruckerei 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Rost's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; sämtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörn, Breditz, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Hoffmann & Co. (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 121

Montag, den 26. Mai 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Öffentliche Mahnung

Die Steuerpflichtigen, die ihre Vorauszahlungen auf die
Einkommensteuer — Termin 15. 5. 1930 — Landwirte
Vermögenssteuer — Termin 15. 5. 1930

noch nicht erledigt haben, werden hiermit aufgefordert, die rückständigen Steuerbeträge innerhalb
8 Tagen an die Finanzkasse Ramenz abzuführen. Werden die Steuerbeträge nicht rechtzeitig
entrichtet, erfolgt deren Einziehung nebst Verzugszinsen auf Kosten der Steuerpflichtigen durch
Postnachnahme.

Wird die Postnachnahme nicht eingelöst oder unterbleibt die Einziehung durch Post-
nachnahme, so werden die geschuldeten Beträge im Verwaltungswege beigetrieben.

Die Finanzkasse ist am Montag jeder Woche für den persönlichen Verkehr mit den
Steuerpflichtigen geschlossen.

Wer sich vor Zeit- und Geldverlust schützen will, bediene sich des bargeldlosen Zah-
lungsverkehrs.

Finanzamt Ramenz, am 24. Mai 1930.

Auf Blatt 458 des Handelsregisters, die Firma Schurig-Kaupach, Mechanische Band-
und Gurtweberei, Aktiengesellschaft in Pulsnitz N. S. betreffend, ist heute eingetragen worden:
Der Beschluß der Generalversammlung vom 25. Juni 1929 über den Umtausch der Aktien
über 40.— RM in Stücke über 20.— RM bezw. über 400.— RM ist durchgeführt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 15. Mai 1930.

Der Antrag der Firma Schurig-Kaupach, Mechanische Bands und Gurtweberei,
Aktiengesellschaft in Pulsnitz N. S., über ihr Vermögen das Vergleichsverfahren zur Ab-
wendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt.

Zugleich wird gemäß § 24 der Vergleichsordnung heute am 24. Mai 1930 vormittags
11 Uhr das Konkursverfahren der Antragstellerin eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Flatter in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 23. Juni 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl
eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden-
falls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — auf

den 16. Juni 1930, vormittags 9 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 5. Juli 1930, vormittags 11 Uhr —

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas
schuldigt ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz
der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht,
dem Konkursverwalter bis zum 23. Juni 1930 anzeigen.

Das Amtsgericht

Das Wichtigste

Am Sonntag vormittag ist in Berlin in Anwesenheit zahlreicher Ver-
treter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden der Olympische
Konferenz eröffnet worden.

Im Heeresverordnungsblatt vom 23. Mai ist eine vom Reichspräsi-
denten von Hindenburg und Reichswehrminister Groener unterzeich-
nete Neufassung der im Jahre 1922 veröffentlichten „Berufspflichten
des deutschen Soldaten“ erschienen.

In Detmold und in Bad Salzungen sind am Sonnabend insgesamt
56 Personen unter paralytischenverdächtigen Erscheinungen nach dem
Genuß von Speiseeis erkrankt.

Der in der Düsselbacher Werdangelegenheit verhaftete 47-jährige Kutcher
Peter Kirchen ist von der Hausangestellten Schulte, die im August
von dem Massenmörder überfallen und durch zahlreiche Messerstiche
verletzt worden war, mit Bestimmtheit wiedererkannt worden. Man
glaubt, daß der Verhaftete zum mindesten einen erheblichen Teil
der Düsselbacher Verbrechen begangen hat.

In den Pariser Bankierverhandlungen konnte eine Einigung über den
Emissionskurs der Younganleihe immer noch nicht erzielt werden.
Die Besprechungen dürften nicht vor Dienstag beendet sein.

Berlinische und sächsische Angelegenheiten

— Öffentliche Mahnung. Steuerpflichtige, die
ihre Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer — Termin
15. 5. 30 — Landwirte, Vermögenssteuer — Termin 15. 5. 30
noch nicht entrichtet haben, werden auf die öffentliche Mah-
nung des Finanzamtes Ramenz im amtlichen Teil der heu-
tigen Ausgabe besonders aufmerksam gemacht.

— Obstschädlinge. Wohl selten sind unsere Obst-
bäume in einem solchen Ausmaße von Schädlingen befallen
worden, als in diesem Frühjahr. Raupen des Frohspanners,
Knospenswicklers und der Blattschabe treten in Mengen auf,
daß eine schwere Schädigung des für die Entwicklung so not-
wendigen Blattwerkes zu erwarten ist und daß die nach
einem günstigen Blüteverlauf zu erwartende gute Ernte leicht
verloren gehen kann. Besonders notwendig dürfte eine baldige
Behandlung jener Bäume sein, die keine Winter- oder
Frühjahrsbespritzung mit Obstbaumkarbolineum erhalten haben
und die auch im Herbst nicht geleimt wurden. Dieses Ver-
säumnis kann wieder etwas gut gemacht werden durch eine
Spritzung vermittels einer gut vernebelnden Spritze, die an klaren,
windstillen Tagen verspritzt wird. Diese Behandlung mußte
Mitte bis Ende Juni wiederholt werden. Nähere Auskunft
über Spritzmittel und bis zu 50 % verbilligter Beschaffung
von Spritzen erteilt kostenlos die Amtshauptmannschaft Ramenz.

— Bauernsiedlung. Es bietet sich jetzt wieder
eine Gelegenheit, zweite und dritte Bauernsöhne anzusiedeln.
Das 2500 Morgen große Rittergut Parmen im Kreise Templin
wird von der Deutschen Ostmarken-Siedlung in Berlin-Dahlem
in Rentengüter aufgeteilt. Es ist 20 Kilometer von Prenzlau
entfernt und besitzt eigene Vollbahnstation. Etwa
30 Stellen von 60 Morgen Größe sollen noch vor der Ernte
abgegeben werden. Sie erhalten friedensmäßige Gebäude
mit Anschluß an die Wasserleitung und das Elektrizitätsnetz
und werden mit komplettem lebenden und toten Inventar
sowie mit voller Ernte ausgestattet. Zu ihrem Erwerb sind

Rede des deutschnationalen Parteiführers

Die Invalidenversicherung steuert dem Defizit zu — Kein befriedigender Geschäftsgang bei der Reichspost (Siehe Reichstag)
Ein offenes Wort des „Temps“ zur Groener Rede

Hamburg. Bei einer auf dem Dabrock (Niederelbe) ver-
anstalteten Kundgebung der D. N. B. P. hielt der Partei-
führer Dr. Eugen Berg eine Rede, in der er betonte,
daß, soweit ein Fortschritt in bezug auf die große Aufgabe
der Wiederherstellung der Lebensfähigkeit der Landwirt-
schaft und damit in der weiteren Folge der Wirtschaft über-
haupt erzielt sei, dies der Gesamtpolitik der D. N. B. P. zu
danken sei. Den Freunden im Lande rufe er zu: Es kommt
darauf an, daß die guten Nerven des Landes der deutschen
Politik wieder Kraft und Stetigkeit geben. Was in Berlin
um den deutschen Reichstag und in den Fraktionen vor sich
geht, ist nicht das Leben Deutschlands. Heute sind wir in
einer Entwicklung, die den Bankrott des deutschen Partei-
und Parliamentssystems immer stärker hervortreten läßt. Die
Führung in der Bewegung „Aus von diesem Partei- und
Parliamentssystem“, haben wir und wollen sie behalten.

Man wird sich bald darüber im Klaren sein, daß mit
neuer gesteigerter Kraft vorgetragene Angriffe uns dem Ziele
der Rückkehr zu einer Politik der Vernunft und der nationa-
len Selbsthaltung immer näher bringen. Es darf nicht
darauf ankommen, ob der eine oder andere links oder rechts
liegen bleibt. Unsere Reichen werden sich trotzdem um so
schneller verstärken, je klarer man sieht, daß wir ein Ziel
haben, das im Grunde das Ziel aller sein mußte. Wir
wollen Deutschlands Landwirtschaft und Wirtschaft helfen
und Lebenshaltung und Lebensraum des deutschen Arbeiters
bessern. Hierzu ist eine vollständige Aenderung unserer
Handelspolitik die erste Voraussetzung. Daß wir eine wirk-
liche antimarkistische Regierung wollen, haben wir offen
gesagt. Diese Regierung ist es nicht.

Die Invalidenversicherung steuert dem Defizit zu.

Stettin. Der Verband der Landesversiche-
rungsbeamten Deutschlands hielt in Stettin seine
Jahreshauptversammlung ab. Professor Dr. Giese-
Frankfurt a. M. wandte sich gegen das Bestreben, die Berufs-
beamten bei der Sozialversicherung durch Tarifangestellte zu
ersehen. In einer Entschließung wurde verlangt, daß die
Sozialversicherung nur unabhängige Berufsbeamten beschäf-
tigen dürfe. Landesamtmann Kaunert-Berlin sprach
über die Lage der Invalidenversicherung. Durch die Sozial-
versicherung wurde die Gesamtwirtschaft im Jahre 1929 mit
6,1 Milliarden Mk. belastet. Davon entfallen auf die Invaliden-
versicherung 1,6 Milliarden Mark. Während sich zur Zeit
noch ein Ueberschuß ergebe, werde bereits im nächsten
Jahre ein Defizit von etwa 60 Millionen ein-
treten, das sich von Jahr zu Jahr noch steigern werde. Das Schick-
sal der Reichsfinanzen bilde auch das Schicksal der Inva-
lidenversicherung und damit das Schicksal der Beamten.

Ein „offenes“ Wort des „Temps“ zur Groener-Rede

Paris. Der „Temps“ erklärt zur Reichstagsrede
des Reichswehrministers Groener u. a.: Der Vergleich der

Verteidigungsausgaben mit denen Frankreichs, Polens und
der Tschechoslowakei habe keinen Sinn, da Deutschland auf
Grund des Friedensvertrages abgerüstet sei, während die von
General Groener angeführten Länder in ihren Rüstungen
völlig frei seien (!!). Niemand könne durch die Taktik, die
darin bestehe, den deutschen Heereshaushalt aufzublähen, um
Geheimausgaben zu ermöglichen, getäuscht werden. Deutsch-
land habe keinen Angriff zu befürchten. Die Sicherheit der
Westgrenzen sei durch den Locarno-Vertrag garantiert. Eine
Bedrohung der Ostgrenzen durch Polen sei eine sinnlose An-
nahme. Dagegen stellten die nationalistischen deutschen For-
derungen und Aufreizungen, die durch die Verträge in Ober-
schlesien und im Korridor geschaffene Lage in Frage. Die
deutsche Sicherheit könne nur durch die eigenen deutschen
Fehler gefährdet werden (!?). Die Verpflichtung Deutschlands,
die Militär-, Flotten- und Luftklauseln des Versailler Ver-
trages genau zu beobachten, gäben dem Reich nicht das Recht,
auf jeden Fall die Abrüstung der anderen Länder zu verlangen.

Zum Briefwechsel zwischen Reich und Thüringen.



Thüringischer Innenminister Dr. Frid. — Reichsinnen-
minister Dr. Wirth.

Thüringen ruft den Staatsgerichtshof an.

Die Antwort an Dr. Wirth.

Weimar. Das thüringische Gesamtkabinett hat zu dem
Schreiben des Reichsinnenminister Dr. Wirth Stellung ge-
nommen und die Antwort einstimmig beschlossen. Wie
man hört, besteht die Ansicht, daß die Besetzung der
Polizeidirektorenstellen dem Reich keinerlei Ver-
anlassung zu einer Sperre der Polizeizuschüsse geben könne.
An der Sitzung zur Besprechung der Grundzüge über die
Zuweisungen des Reiches für Polizeizwecke, zu der die vor-
sitzenden Minister der Länder für Mittwoch nach Berlin ge-
laden sind, wird die Regierung teilnehmen.

